

ORTE DES GEDENKENS UND ERINNERNS

Am 16. Mai 1933 werden – öffentlich inszeniert – sieben sozialdemokratische Landtagsabgeordnete aus Karlsruhe in das Konzentrationslager Kislau verschleppt. Von SS- und SA-Männern umringt v. l. n. r.: Hermann Stenz, Adam Remmele, Erwin Sammet, Ludwig Marum, Gustav Heller, Sally Grünebaum und August Furrer.

Foto: Stadtarchiv Karlsruhe



Die volle Wucht des NS-Terrors traf sofort nach der „Machtergreifung“ am 30. Januar 1933 die Aktiven der Arbeiterbewegung und die anderen politischen und weltanschaulichen Gegner des NS-Regimes. Die „frühen“ Konzentrationslager von 1933 bis 1934/35 – Welzheim, Kislau, Ankenbuck und Gotteszell, Heuberg und der Obere Kuhberg in Ulm – dienten der Einschüchterung und Ausschaltung der

Regimegegner. Prominente Politiker wie die Abgeordneten Alfred Haag (KPD) oder Kurt Schumacher (SPD) begannen hier neben verhafteten Geistlichen und anderen Leidensgenossen ihren Weg durch den NS-Lagerterror. Der badische Sozialdemokrat Ludwig Marum wurde im März 1934 im KZ Kislau ermordet. Nur wenige Regimegegner konnten in die Illegalität abtauchen oder sich ins Exil retten.

Die „späten“ Konzentrationslager ab Frühjahr 1944 sollten die wegen der alliierten Bombenangriffe notwendig gewordene Dezentralisierung und Untertageverlagerung der Rüstungsproduktion beschleunigen. Im Südwesten entstanden dutzende Konzentrationslager als Außenlager und Arbeitskommandos des KZ Natzweiler-Struthof in den Vogesen und des KZ Dachau. Trotz der Rüstungswirtschaft-

Am 29. Oktober 1940 meldete der Chef der Sicherheitspolizei an das Auswärtige Amt: „Die Abschiebung der Juden ist in allen Orten Badens und der Pfalz reibungslos und ohne Zwischenfälle abgewickelt worden. Der Vorgang der Aktion selbst wurde von der Bevölkerung kaum wahrgenommen.“

lichen Zielsetzung galt für die Gefangenen der rücksichtsloseste Einsatz bei unmenschlicher Behandlung im Rahmen der „Vernichtung durch Arbeit“. Die dort von mehreren zehntausend Gefangenen zu leistende Zwangsarbeit und die Todesmärsche bei der Auflösung der Außenlager im April 1945 forderten Tausende von Menschenleben. Längst nicht alle von ihnen haben ein Grab auf einem der Lagerfriedhöfe erhalten. Opfer des NS-Terrors wurden auch Sinti und Roma, Homosexuelle und zahlreiche weltanschaulich motivierte Gegner des Nationalsozialismus wie beispielsweise die Zeugen Jehovas.

Das NS-Regime erklärte den Rassenwahn zur Staatsdoktrin. Die Ausschließung der jüdischen Deutschen aus der Gesellschaft war von Anfang an das Ziel der NS-Bewegung. Die Ausgrenzung, Entrechtung, Enteignung, Vertreibung und Deportation der Juden, schließlich ihre Ausbeutung als Arbeitsklaven und ihre systematische Vernichtung waren ein zentrales und singuläres Kennzeichen der NS-Herrschaft.

Der nationalsozialistische Rassenwahn hat in nur wenigen Jahren vernichtet, was über Jahrhunderte gewachsen war: eine lebendige und vielfältige, durch die Religion geprägte jüdische Kultur. Sie war ein wichtiger und weiterhin selbstverständlicher Bestandteil der südwestdeutschen Gesellschaft. Vom 9. auf den 10. November 1938 wurden in der Reichspogromnacht über 150 Synagogen und Einrichtungen der jüdischen Gemeinden zerstört. Im Oktober 1940 wurden die badischen Juden ins südwestfranzösische Lager Gurs deportiert, ab Dezember 1941 die württembergischen und hohenzollerischen Juden nach Riga. Viele von ihnen wurden später in die Vernichtungslager im europäischen Osten verschleppt. Nur wenige überlebten.



Das Foto zeigt die Deportation von Lörracher Juden am 22. Oktober 1940 nach Gurs – am helllichten Tag und vor aller Augen.

Foto: Stadtarchiv Lörrach

Mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges setzte das Regime die im NS-Jargon „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ genannte vorsätzliche und planmäßige Ermordung behinderter und psychisch kranker Menschen um. In Grafeneck auf der Schwäbischen Alb wurden 1940 über 10.000 Menschen grausam mit Kohlenmonoxidgas ermordet. Die Spuren der Täter führen später bis in die Vernichtungslager.

Überzeugte Anhänger, Mitläufer und willige Helfer gab es auch im deutschen Südwesten. Ebenso gab es die alltäglichen Erscheinungsformen des Nazismus und den Terror der Konzentrationslager: nicht irgendwo in der Ferne, sondern ganz offen – buchstäblich vor der Haustüre. Auch Baden-Württemberg steht damit in der Verantwortung für die „Zeit der Wertezerstörung“, wie der Historiker Peter Steinbach das „Dritte Reich“ charakterisiert, und für den bewussten und angemessenen

Umgang mit Opfern und Tätern, gerade weil der scheinbar lange zeitliche Abstand den Schrecken zu relativieren droht.

Zahlreiche Gedenkstätten im Land erinnern an die Verbrechen und an die Leiden der Opfer. In ihrer Vielfalt spiegeln sie die Systematik der Verfolgung durch das NS-Regime und dessen rassistisch-ideologische Verblendung wider. Die NS-Diktatur maßte sich die unkontrollierte Herrschaft über die Freiheit der Bürger, über Leben und Tod missliebiger, rassistisch ausgegrenzter oder gar als „lebensunwert“ bezeichneter Menschen an.

Die Erinnerung daran war hier wie andernorts schwierig. Nach langer Verdrängung be-

gannen sich ab etwa 1980 an einzelnen Orten Initiativen zu bilden, die sich der Vergangenheit stellten. Das war nicht immer einfach und erforderte Mut und Durchhaltevermögen. Oft dauerte es bis in die 1990er Jahre hinein, bis die Akzeptanz zunahm und zudem eine öffentliche Unterstützung einsetzte. Heute erinnern die Gedenkstätten an die Opfer. Sie sind Orte der Trauer und der Besinnung. Meistens wollen sie sich aber damit nicht begnügen, sondern bieten Informationen und pädagogische Programme im Rahmen der Bildungspläne, für die Jugend- und Erwachsenenbildung. Sie wollen auch Orte der Begegnung sein. Zur besseren Vernetzung ihrer Arbeit haben sie sich 1994 zur Landesarbeitsgemein-

schaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen in Baden-Württemberg zusammengeschlossen. Diese wird aufgrund eines Landtagsbeschlusses von der Landeszentrale für politische Bildung betreut. Die Förderung soll die wissenschaftliche Grundlage und ein zeitgemäßes pädagogisches Angebot der Gedenkstätten sicherstellen.

Ortsbezogen entwickelten sich in den letzten Jahren neue Formen des Gedenkens, die sich vor allem dem namentlichen Erinnern widmen: Gedenkbücher, in denen junge und alte Bürger die Namen und Biographien der Deportierten und Ermordeten zusammentragen und so in das kollektive Gedächtnis aufnehmen.

Ähnliches leisten auch die „Stolpersteine“, die von Einzelnen und Bürgerinitiativen im Pflaster vor den Lebensorten von NS-Opfern angebracht werden. Sie sind tatsächlich „an-stößige“ Mahnmale – in jeder Hinsicht.

Glücklicherweise sind es aber nicht nur Orte des Schreckens, auf die verwiesen werden muss. Einige der auch deutschlandweit bekanntesten Widerstandskämpfer stammen aus dem Südwesten: Johann Georg Elser (Königsbronn), die Geschwister Hans und Sophie Scholl (Ingersheim bei Crailsheim, Forchtenberg und Ulm) sowie die Stauffenberg-Brüder Claus und Berthold (Stuttgart und Albstadt-Lautlingen). An ihren Herkunfts- und Lebensorten sind Gedenk- und Erinnerungsstätten eingerichtet, die an das mutige Handeln im Widerstand erinnern. An diesen Persönlichkeiten kann sich eine auf die Entwicklung von Zivilcourage ausgerichtete Pädagogik im Rahmen der historisch-politischen Bildung orientieren.

Weitere namhafte Widerstandskämpfer aus dem Südwesten sind zu nennen: Der ehemalige württembergische Staatspräsident Eugen Bolz wurde im Januar 1945 in Berlin-Plötzensee hingerichtet, weil er in die Pläne der Verschwörer des 20. Juli 1944 eingeweiht war. Gertrud Luckner aus Freiburg verhalf als „Judenretterin“ zahlreichen Verfolgten zur Flucht. Nachdem im März 1943 ihre mutigen und selbstlosen Aktivitäten von der Gestapo aufgedeckt wurden, wurde sie in das KZ Ravensbrück verschleppt.

Vielfach wurde die Meinung vertreten, mit dem Ableben der Überlebenden und der unmittelbaren Zeitzeugen würde die Bedeutung der Gedenk- und Erinnerungsstätten an die NS-Zeit abnehmen. Das Gegenteil ist der Fall. Über 200.000 vorwiegend junge Menschen besuchen pro Jahr die Orte. Sie interessiert die Frage: „Was ist hier, unmittelbar im Land, geschehen?“ Vor allem aber suchen sie Antworten auf das, was sie neben den Fakten beschäftigt: „Wie konnte es dazu kommen? Welche Mechanismen haben in der Gesellschaft versagt, damit Mitmenschen für rechtsfrei und ihr Leben als verfügbar erklärt werden konnte? Welche Anzeichen und Entwicklungen sind besonders gefährlich?“



Häftlinge des vom Arbeits- zum Sterbelager umfunktionierten Konzentrationslagers Vaihingen/Enz unmittelbar nach der Befreiung durch französische Truppen im April 1945.

Foto: KZ-Gedenkstätte Vaihingen an der Enz e.V.



Gertrud Luckner (1900–1995) aus Freiburg im Breisgau: Die „Judenretterin“ überlebte das KZ Ravensbrück und wurde als „Gerechte der Völker“ geehrt.

Foto: Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin

gesellschaftliche wie europäische Dimension. Sie beschäftigen sich mit den zentralen Fragestellungen der Verfassung einer Gesellschaft und der politischen Machtausübung: mit dem Verhältnis von Freiheit und Zwang sowie mit den Gefährdungen der Demokratie und den Mechanismen einer Diktatur. Sie unterstreichen die Bedrohungen von Gerechtigkeit und Menschenrechten durch Totalitarismus, Rassismus und Antisemitismus. Der Gewalt stellen sie die Achtung vor dem einzelnen Menschen gegenüber, dem Extremismus die Vernunft und demokratische Grundüberzeugungen.

Baden-Württemberg besitzt eine außerordentlich dichte und dezentrale Gedenkstättenlandschaft, die vorwiegend durch bürgerschaftliches Engagement vor Ort entstanden ist. Das Land Baden-Württemberg, die Kommunen und der Bund fördern die Gedenkstätten, die alle Verfolgungs- und Vernichtungskategorien des NS-Terrors abbilden und erfahrbar machen.

Illustration: Lucia Winckler

Diese Fragestellungen der jungen Menschen gehen über eine bloße Chronologie der zwölf Jahre NS-Herrschaft hinaus. Sie reichen in das 19. Jahrhundert zurück und bis in unsere Gegenwart herein. Denn die Botschaft der Opfer der NS-Herrschaft geht über ihr physisches und psychisches Leiden hinaus. Man kann nicht darüber sprechen, ohne auch an die Gegenwart und unsere Zukunft zu denken. Es genügt nicht, Betroffenheit über die Untaten damals zu erzeugen, sondern vor allem Wachsamkeit in der Gegenwart.

Daher finden sich unter den Gedenkstätten in Baden-Württemberg auch solche, die an die großen demokratischen Traditionen im Südwesten erinnern: die Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg ebenso wie die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus in Stuttgart, die Erinnerungsstätte für Matthias Erzberger in Buttenhausen oder die Erinnerungsstätte an die deutschen Freiheitsbewegungen in Rastatt. Die Arbeit der Gedenkstätten erhält damit eine ebenso zivil-

